

<https://www.welt.de/wirtschaft/article181744298/Sonderausschreibungen-Windkraft-Erlass-der-Koalition-kommt-zu-spaet.html>

## WIRTSCHAFT

[BILANZ KARRIERE DIGITAL GELD](#)

[WIRTSCHAFTSONDERAUSSCHREIBUNGEN](#)

### Windkraft-Beschluss der Koalition kommt zu spät

Veröffentlicht am 02.10.2018 | Lesedauer: 4 Minuten



Eine Windkraftanlage in Deutschland. Der Ausbau kommt nur schleppend voran  
Quelle: AFP/Getty Images

Die Koalition will endlich Sonderausschreibungen für mehr Windparks auf den Weg bringen. Doch sie kommen zu spät. Der Bau von rund 1380 Windrädern extra entfaltet jetzt nicht mehr die gewünschte Wirkung.

Mit Formulierungen brauchten sich die Koalitionäre in der vergangenen Nacht nicht lange aufhalten. Es reichte ein Copy und Paste aus dem bereits im März unterschriebenen Koalitionsvertrag: Sonderausschreibungen von jeweils vier Gigawatt Wind- und Solarkraft sollen in den nächsten zwei Jahren wirksam werden. Neu war nur die Ankündigung, dies endlich „rasch“, also noch vor Ende Oktober vom Bundeskabinett beschließen zu lassen.

Doch wie sehr sich die Bundesregierung mit den Sonderausschreibungen jetzt auch immer beeilen mag: Sie kommen zu spät. Die Ziele, die mit den zusätzlichen Ökostrom-Projekten

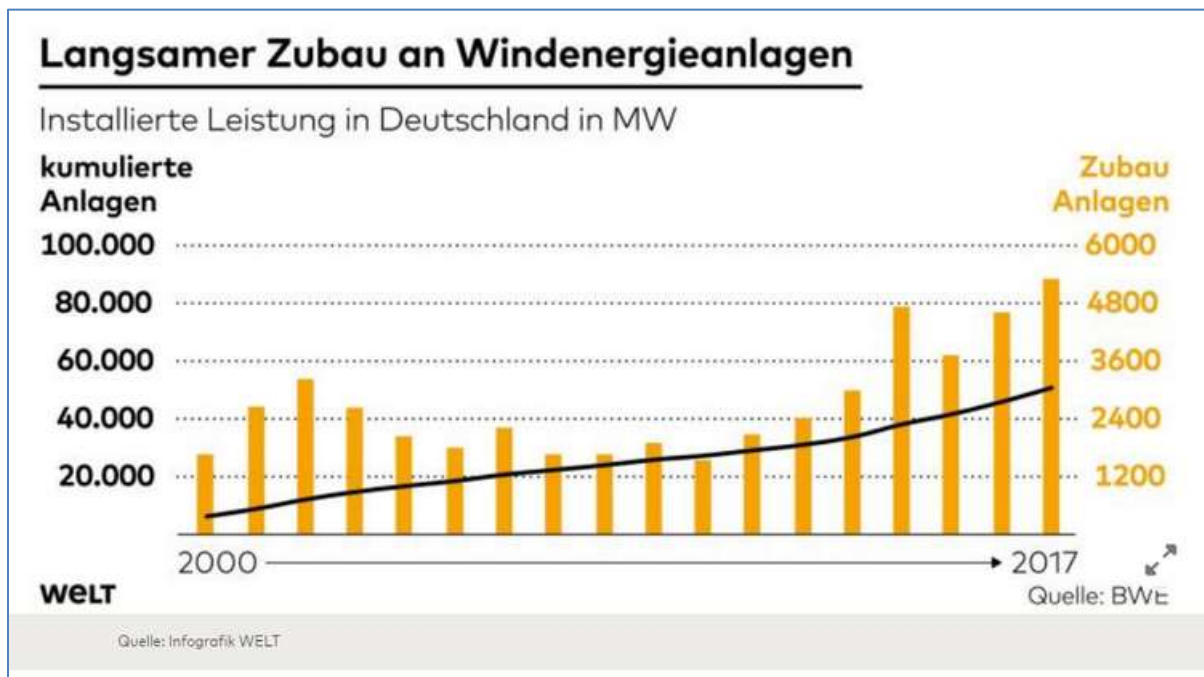


Von [Daniel Wetzel](#)

Wirtschaftsredakteur

erreicht werden sollten, werden nun weitgehend verfehlt. Gebaut werden die insgesamt rund 1380 Extra-Windräder natürlich trotzdem.

Ursprünglich war es den Koalitionären darum gegangen, einen Fehler im staatlichen Ausschreibungssystem für Windkraftprojekte auszubügeln. Denn man hatte kleinen Bürgerenergie-Gesellschaften unvorsichtigerweise Privilegien eingeräumt: Die Bürgergesellschaften durften sich an den Ausschreibungen beteiligen, ohne bereits eine Genehmigung nach Bundesimmissionsschutzgesetz in der Tasche zu haben. Auch durften sie sich beim Bau der Anlagen dann deutlich länger Zeit lassen als professionelle Projektierer.



Quelle: Infografik WELT

Die Folgen dieser Privilegien bekamen die Hersteller von Windturbinen bald zu spüren: Die Auftragsbücher für die Jahre 2018 und 2019 blieben vergleichsweise leer. Denn die in den Ausschreibungen siegreichen Bürgergesellschaften beeilten sich nicht gerade, die gewonnenen Baulizenzen auch in die Tat umzusetzen.

Viele hatten den Preiswettbewerb in der Ausschreibung gewonnen, indem sie mit den Leistungswerten hocheffizienter Windturbinen gerechnet hatten, die heute noch gar nicht auf dem Markt sind. Auch im Genehmigungsprozess kamen viele semiprofessionelle Bürgergesellschaften kaum voran.

#### **Sonderausschreibungen sollten Auftragseinbruch abfedern**

Um den damit absehbaren Auftragseinbruch für die Windkraft-Industrie abzufedern, hatte die große Koalition deshalb Sonderausschreibungen von jeweils 2000 Megawatt in den Jahren 2019 und 2020 versprochen. Nur: „wirksam“ wäre diese Wiedergutmachung nur geworden, wenn man die Mengen noch vor der Sommerpause dieses Jahres ausgeschrieben hätte. Doch die Bundesregierung lieferte nicht.

Monatelang war praktisch das gesamte Kabinett nur mit Migrationspolitik befasst, auch Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) war abgelenkt. Ein versprochenes „100-Tage-Gesetz“ zur Lösung der drängendsten energiepolitischen Fragen wurde nie fertig. Windkraftkritische Kräfte in der Union verzögerten die Sonderausschreibungen zusätzlich mit dem Verweis auf einen Vorbehalt im Koalitionsvertrag: Voraussetzung für die

Ausschreibung zusätzlicher Ökostromprojekte sei „die Aufnahmefähigkeit der entsprechenden Netze“.



### **„Erdkabel, Erdkabel!“ – daher kommt der Frust über die Energiewende**

Nun ist es zu spät: Wenn die Bundesregierung die Sonderausschreibungen erst Ende Oktober beschließt, wird wohl kein einziges Extra-Windrad noch im Jahre 2019 fertig – dafür sind Planungs- und Genehmigungsfristen einfach zu lang. Die Hersteller-Industrie muss mit dem Einbruch der Nachfrage im kommenden Jahr also leben. Einer der größten Hersteller, Enercon, kündigte unlängst bereits den Abbau von 865 Arbeitsplätzen bei Zulieferbetrieben an.

Die Delle im Auftragseingang erscheint noch größer, weil die Windindustrie im Jahr zuvor alle Planvorgaben der Regierung weit übertroffen hatte. So war laut Erneuerbare-Energien-Gesetz für das Jahr 2017 ein „Ausbaupfad“ von 2800 Megawatt Windkraft vorgesehen.

### **Stetiger Ausbau der Windkraft bleibt ein Traum der Industrie**

Gebaut wurden jedoch 1792 Windräder mit 5333 Megawatt, also fast doppelt soviel. Bricht die Nachfrage nach Turbinen, Rotorblättern und Stahlbetontürmen jetzt auf einen Neubau unter 2000 Megawatt ein, wie viele befürchten, ist dieser steile Produktionsrückgang für die Betriebe umso schwerer zu bewältigen.

## **BUNDESRECHNUNGSHOF**

### **Bei der Energiewende droht Deutschland der endgültige Kontrollverlust**

Wenn die Industrie von der Politik eine Verstetigung des Auftragseingangs gefordert hatte – bekommen hat sie nun das Gegenteil. Denn nach dem Einbruch im kommenden Jahr dürfte es ab 2020 wieder steil bergauf gehen: Dann nämlich dürften immer mehr Anlagen aus den Sonderausschreibungen wirklich gebaut werden.

Zugleich wird sich dann wohl auch der Genehmigungsstau langsam auflösen, in dem heute noch bundesweit Windkraft-Projekte mit rund 10.000 Megawatt feststecken.

### **Ziel der CO<sub>2</sub>-Einsparung wird verfehlt**

Ihr zweites Ziel dürften die Sonderausschreibungen für Erneuerbare Energien wohl ebenso wenig erfüllen: Die zusätzlichen Ökostromprojekte sollten eigentlich dazu beitragen, die deutsche Klimaschutzlücke bis 2020 zu verkleinern.

Acht bis zehn Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> sollten die zusätzlichen Wind- und Solarparks einsparen – so heißt es erneut im gestrigen Koalitionsbeschluss. Doch wie dies pünktlich gelingen soll, wenn ein Großteil der ausgeschriebenen Projekte verspätungsbedingt jetzt erst 2021 ans Netz geht, bleibt unerfindlich.



## ERNEUERBARE ENERGIEN

### **Wem gehört der Wind – und was kostet er?**

Auch wenn zwei wichtige Ziele nun nicht – oder nur noch zum Teil – erreicht werden: Abgeblasen werden die Sonderausschreibungen deshalb noch lange nicht. Das liegt an einem dritten, langfristigen Ziel, das sich Union und SPD in den Koalitionsvertrag geschrieben hatten: Der Ökostrom-Anteil am deutschen Elektrizitätsmix soll bis 2030 auf 65 Prozent erhöht werden.

Das ursprünglich für 2040 geplante Ziel wurde damit um zehn Jahre vorgezogen. Zusätzliche Ausschreibungen für Ökostrom-Projekte hätte es deshalb früher oder später ohnehin geben müssen.

© Axel Springer SE. Alle Rechte vorbehalten.